Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 154 (1988)

Heft: 4

Artikel: März 1938 : der "Anschluss" Österreichs und wir

Autor: Schaufelberger, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-58547

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

März 1938: Der «Anschluss» Österreichs und wir

Prof. Dr. Walter Schaufelberger

Mit dem Einmarsch deutscher Truppen im März 1938 gingen Freiheit und Unabhängigkeit der Ersten Republik Österreich zu Ende. Für unser östliches Nachbarland ist dieses Ereignis wohl das folgenschwerste der jüngeren Vergangenheit. Was damals von manchen erwartungsvoll als Neuanfang betrachtet wurde, führte binnen kurzem in Krieg und Niederlage. Wie die zahllosen österreichischen Veranstaltungen des laufenden Jahres zeigen, sind die Wunden der Vergangenheit auch heute noch nicht verheilt, die Akten über Schuld und Sühne noch nicht geschlossen. Doch auch für die Schweizerische Eidgenossenschaft war mit dem ersten Griff des nationalsozialistischen Deutschen Reiches über seine staatlichen Grenzen hinaus eine politisch und wirtschaftlich schwierigere Lage eingetreten. Es hat also seinen guten Sinn, wenn auch wir der damaligen Geschehnisse in unserem Nachbarland gedenken.

Entwicklung und Ereignisse in Österreich

Um die Ereignisse in Österreich im März 1938 richtig zu verstehen, ist es unerlässlich, die historische Entwicklung vom Ende des Ersten Weltkrieges an in grossen Linien zu verfolgen. Wenn der aktuelle Betrachter zwischen Österreich und der Schweiz sehr viel politische Gemeinsamkeit festzustellen glaubt, so ist gleich von Anfang an zu betonen, dass der **historische Weg** zu solch scheinbarem Ergebnis ein sehr unterschiedlicher gewesen ist. Was heute bei flüchtiger Betrachtung als Übereinstimmung erscheinen mag: Kleinstaatlichkeit, Neutralität, Republik bzw. Demokratie und Föderalismus, in unserem Land von altersher herangewachsen, hat es in Österreich zu Anfang dieses Jahrhunderts alles **nicht** gegeben, sondern hat sich aus weitgehend konträren Voraussetzungen nach zwei totalen Zusammenbrüchen in schwierigem Prozess herausentwickeln müssen.

Schwierige Identität

Die Erste Republik ist aus der habsburgischen Donaumonarchie hervorgegangen. Diese hatte an der Seite des Deutschen Kaiserreichs den Ersten Weltkrieg durchgefochten und verloren. An ihrer Stelle oder mit Teilen ihres Territoriums entstanden nach dem Willen der Siegermächte mehrere Staatsgebilde, als wichtigste die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien. Für die deutschstämmigen Österreicher legte der **Frieden von St. Germain-en-Laye 1919** die Rahmenbedingungen fest. Nach welchen Prinzipien dieser Staat indessen zu gestalten war, blieb Gegenstand langwieriger innerer Auseinandersetzungen.

Anfänglich war nicht einmal die **territoriale Integration** gesichert. Tirol dachte an eine unabhängige Republik, Vorarlberg tendierte zum Anschluss an die Schweizerische Eidgenossenschaft. Selbst der eigene Name gab zu reden, nachdem die Alliierten «Deutsch Österreich» abgelehnt hatten. Über «Südostdeutschland», «deutsche Alpenlande» und andere, geradezu abenteuerliche Bezeichnungen, gelangte man schliesslich zur Republik «Österreich», der ersten dieses Namens. Zu lösen war nicht nur die **Verfassungsfrage** im Widerstreit zwischen dem historischen – und jetzt sozialdemokratischen – zentralistischen Anspruch «Wiens» und dem föderalistischen der Länder. Keineswegs vorgegeben war auch die **aussenpolitische Orientierung** zwischen Anschluss an Deutschland, Donaukonföderation und «Verschweizerung». Wenn in den zwanziger Jahren unter den Parteien, bis auf monarchistische Gruppen, in einer Frage Konsens bestand, dann in der **Wünschbarkeit des Anschlusses an Deutschland,** der durch die Siegermächte im Frieden von Saint Germain verboten worden war [1].

Demokratie tut sich schwer

Solange die politische, vor allem die demokratische Identität nicht gefestigt war, waren Stabilität oder gar Konstanz der Entwicklung nicht zu erreichen [2]. Die **parteipolitische Auseinandersetzung** zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen wurde denn auch nicht nur mit den üblichen Mitteln, sondern in zunehmendem Masse auf der Strasse ausgetragen. **Paramilitärische Verbände** verschiedener politischer Observanz: der Republikanische Schutzbund auf der linken und die Heimwehrbewegung auf der anderen Seite waren zum gewalttätigen Austrag bereit. Der parallel zu der Entwicklung im Deutschen Reich erfolgende Aufstieg der **österreichischen NSDAP,** bei welcher die Gewalt zur Ideologie gehörte, trug das seine zur Radikalisierung der innenpolitischen Szene bei. Politische Gewalttätigkeit ab Juli 1927 (85 Tote in Wien) bedingte zunehmende **Ordnungsdiensteinsätze,** hier «Assistenzleistungen» genannt, des kleinen Berufsheeres, dem 1933 ein eigens zu diesem Zweck gebildetes «Militärassistenzkorps», bestehend aus loyalen Heimwehrverbänden und den «Ostmärkischen Sturmscharen», beigegeben werden sollte. Dies, nachdem durch die Regierung Dollfuss die demokratischen Einrichtungen beseitigt, das Parlament ausgeschaltet, die österreichische NSDAP, die Kommunistische Partei und der Republikanische Schutzbund verboten bzw. durch die «Vaterländische Front» als eine Art Einheitspartei ersetzt, kurzum: der demokratiewidrige **autoritäre «Ständestaat»** eingerichtet worden war. Der Kampf der nunmehr illegalen Parteien gegen die Regierung wurde aus dem Untergrund fortgeführt. Geflüchtete Mitglieder der österreichischen NSDAP bildeten im Deutschen Reich die mehrere tausend Mann starke «Österreichische Legion». **Im Frühjahr 1934** entwickelte sich von einem Schusswechsel in Linz aus ein Aufstand der sozialistischen Schutzbündler mit grösseren Gefechten in den Bundesländern und Schwerpunkt in Wien, gefolgt von weiteren Parteiverboten (Sozialdemokratische Arbeiterpartei), Strafgerichten und Exekutionen; im Sommer des gleichen Jahres benutzten die Nationalsozialisten im sogenannten **Juli-Putsch** die günstig scheinende

Lage zur Machtergreifung mittels Gewalt. Dabei wurde der Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuss ermordet, doch setzten sich die regierungstreuen Wehrverbände und das Bundesheer gegenüber den Aufständischen in Wien und dann auch in den Bundesländern durch. Die Verluste auf beiden Seiten lassen sich mit den Gesamtverlusten im schweizerischen Sonderbundskrieg vergleichen. Man kann sich denken, dass die zahlreichen und massiven Ordnungsdiensteinsätze des Bundesheeres – 1928 hatten die Assistenzleistungen noch 150 000 Stunden betragen, 1933 waren es deren 500 000 – und die problematische Rolle zwischen den und gegen die politischen Kräfte für das Selbstverständnis der Soldaten nicht ohne nachhaltige Wirkung gewesen sind[3].

Hitlers Schatten

Die einsetzenden innen- und bald einmal auch aussenpolitischen Erfolge Adolf Hitlers verliehen seinen Anhängern in Österreich nach der ersten verlorenen Schlacht neuen Schwung und damit der **Anschlussfrage** andauernde Virulenz und erneuerte Aktualität. Die nunmehrige Regierung Schuschnigg setzte weiterhin auf **Italien** (Römische Protokolle, März 1934), das anlässlich des Juli-Putsches mit militärischer Intervention gegen deutsche Unterstützung der Aufständischen gedroht hatte und die nun beginnende beschränkte Aufrüstung des österreichischen Bundesheeres durch umfangreiche Waffenlieferungen unterstützte. Bald einmal geriet aber Mussolini in Verfolgung imperialer Ziele (ab 1935 Abessinien, dann Spanien) auf Kollisionskurs zu den westlichen Mächten und näherte sich schrittweise dem Deutschen Reiche an. Angesichts drohender **Isolierung** bot sich der Regierung Schuschnigg die Möglichkeit, sich an die unter französischer Führung stehende «Kleine Entente» (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) anzulehnen, was aus mehreren, auch innenpolitischen Gründen nicht als opportun erschien, oder aber die Entspannung beziehungsweise **Verständigung mit dem Deutschen Reich** zu suchen.

Unter solchen Vorzeichen kam im **Juli 1936 ein Abkommen mit dem Deutschen Reich** zustande. Wohl anerkannte Hitler hierbei die österreichische Unabhängigkeit und die ständestaatliche Ordnung. Indem aber Schuschnigg demgegenüber Konzessionen hinsichtlich der politischen Aktivität der österreichischen Nationalsozialisten machen musste, war auch gleich dafür gesorgt, dass den Zusagen Hitlers auf längere Sicht kaum viel Verbindlichkeit zukam. Bereits gegen Ende des folgenden Jahres gab jenseits der Grenze Hitler gemäss sogenanntem Hossbach-Protokoll die Einverleibungsparole für Österreich (und die Tschechoslowakei) aus. Diesseits der Grenze waren die **radikale Basis der illegalen NSDAP** und die SA durch die Parteileitung unter Josef Leopold kaum mehr im Zaum zu halten, während die **gemässigteren Katholisch-Nationalen** mit Dr. Arthur Seyss-Inquart in Zusammenarbeit mit der SS eher auf Reformkurs blieben.

Militär als Mittel der Politik

Bald war der Zeitpunkt gekommen, dass sich Bundeskanzler Schuschnigg zu einer persönlichen Begegnung mit Adolf Hitler entschloss. Für seinen Verhandlungsspielraum war schlechthin entscheidend, wieviel **Glaubwürdigkeit** einer allfälligen militärischen Verteidigung durch die österreichischen Streitkräfte beizumessen war[4]. Die Präsenzstärke des Bundesheeres betrug 60 000, die Mobilmachungsstärke 125 000 Mann. Zusätzlich konnten Angehörige anderer bewaffneter Organisationen (Polizei, Frontmiliz) in Rechnung gestellt werden – Gesamtstärke zirka 250 000 Mann. Scheint dies durchaus respektabel, zumal, wenn man es mit den rund 150 000 am Einmarsch beteiligten deutschen Soldaten vergleicht, so war das Bundesheer durch die **Einschränkungen des Friedensvertrags von St. Germain** sowie durch **finanzielle Restriktionen** hinsichtlich moderner Bewaffnung und Ausrüstung wie auch in logistischen Belangen (Munitionsausstattung) unterlegen. Der **Operationsplan** des Chefs des Generalstabes, Feldmarschallleutnant Alfred Jansa, sah vor, mit dem Gros der Kräfte hinter der Traun bzw. Enns, zwei Nebenflüssen der Donau südlich Linz, aufzumarschieren, wobei mit einer Aufmarschdauer von bis zwei Wochen zu rechnen war. Diese «Westarmee» sollte einen deutschen Vormarsch nach Wien verzögern und dadurch die Voraussetzungen für eine allfällige Intervention der Westmächte schaffen. Ungewiss war, wieviele Kräfte die mit Sicherheit zu erwartenden nationalsozialistischen Aufstände im Innern des Landes absorbiert hätten. Inwieweit das Bundesheer angesichts der innenpolitischen Komplikationen und Implikationen einem Kampfauftrag gegen die Waffengefährten des vergangenen Krieges überhaupt entsprochen hätte, war damals und ist auch heute noch umstritten und vieldiskutiert. Aufgrund der Verhaltensweisen beim deutschen Einmarsch sind verschiedene Muster denkbar.

Kanzlertreffen auf dem Berghof

In dem **Kanzlertreffen in Berchtesgaden am 12. Februar 1938** zwang jedenfalls Hitler seinem österreichischen Gast in brutaler Manier seinen Willen auf. Gegen geringfügige Zugeständnisse seinerseits erreichte er die Aufnahme Seyss-Inquarts in die österreichische Regierung, ausgerechnet als Innen- und Sicherheitsminister, dazu weiterer nationalsozialistischer Vertrauensleute, ferner grössere Betätigungsmöglichkeit für die Nationalsozialisten in Österreich, ausserdem vermehrte wirtschaftliche und sogar militärische Zusammenarbeit, worunter dann der Austausch von 100 reichsdeutschen und österreichischen Offizieren, regelmässige Stabsbesprechungen, Zusammenarbeit in Rüstungsangelegenheiten und im geheimen Nachrichtendienst fallen sollten!

Mit dem Berchtesgadener Abkommen war der **Bann gebrochen** und die **dramatische Entwicklung** nicht mehr aufzuhalten. In ganz Österreich fanden nationalsozialistische Aufläufe statt, in mehreren Bundesländern wurde über die Aufnahme von Nationalsozialisten in die Regierungen verhandelt. Die **«Volkserhebung»**, wie sie im nationalsozialistischen Propaganda-Jargon hiess, hatte bereits zur sehr konkreten Folge, dass Kräfte des Bundesheeres, die gemäss «Jansa-Plan» für den Einsatz im Westen vorgesehen waren, zum **Assistenzeinsatz** nach der Steiermark verlegt werden mussten.

Angesichts dieser Entwicklung ergriff der schwer bedrängte Bundeskanzler die **Flucht nach vorn.** Nicht dass er die Generalmobilmachung ausgerufen hätte; sein Kurs schloss eine solche offenbar bis zum bitteren Ende aus, denn auch am kritischen Tag sollte es bei der Grenzbeobachtung ohne Sperrmassnahmen bleiben. Vielmehr nahm er Zuflucht zu einer allgemeinen **Volksabstimmung** mit der Parole «für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich, für Friede und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen». Die Bekanntmachung erfolgte am 9. März, zum Abstimmungstag wurde bereits der 13. März 1938 erklärt. Das erwartete deutliche Mehr sollte der österreichischen Regierung vor aller Welt das Mandat des Volkes für die auf **Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs** bedachte Politik eintragen.

Countdown für die Republik

Dies wiederum war keineswegs im Sinn der Nationalsozialisten, weder

derjenigen Österreichs noch derjenigen im Dritten Reich. Während die Nationalsozialisten Österreichs am 11. März durch **Demonstrationen** den Verzicht auf die Volksabstimmung oder gar die Machtergreifung erzwingen sollten, liefen in Berlin die **militärischen Vorbereitungen** an. Nachdem bislang die Regelung der Anschlussfrage als Parteisache betrachtet worden war, entschied sich Hitler nunmehr für das Militär[5]. Der Chef des Generalstabs, General Ludwig Beck, hatte sich bis anhin in Befürchtung militärischer Eskalation geweigert, einen Operationsplan gegen Österreich an die Hand zu nehmen.

Jetzt aber erachtete er das Risiko einer Intervention von Drittstaaten als gering, und innert kürzester Zeit waren die **Pläne für Aufmarsch und Operation** fertiggestellt. Für den 12. März, also den Vortag der beabsichtigten Volksbefragung, war zunächst ein gewaltiger Propagandaeinsatz der deutschen Luftwaffe vorgesehen. 300 Millionen Flugblätter sollten zum Boykott, wenn nicht schon – entsprechend der Lage – zur Unterstützung einer nationalsozialistischen Gegenregierung aufrufen. Blieb der Erfolg aus, sollten in einer zweiten Phase gegen Mittag gepanzerte und motorisierte Kräfte über die Grenze nach Wien vorstossen, um durch Ausschaltung der Regierung die politische Entscheidung zu erzwingen. Des weiteren wurden Vorkehrungen für eine allfällige Intervention Frankreichs und der Tschechoslowakei getroffen, doch gingen über das Agentennetz beruhigende Berichte ein.

Einzug der deutschen Truppen in Bregenz. Rechts am Strassenrand sind die Klein-Panzerwagen der österreichischen Armee zum Abmarsch bereit. Links ziehen die deutschen Truppen in umgekehrter Richtung zur Besetzung des Landes ein.

Subversion und militärischer Druck

Am 11. März setzten mit Trommeln und Trompeten die **nationalsozialistischen Grosskundgebungen,** vorab in den Landeshauptstädten, ein, und bereits trat als erste Garnison diejenige von Villach zu den Nationalsozialisten über. In Wien wurde der Bundeskanzler durch seine nationalsozialistischen Minister auf deutsches Ansinnen hin unter **ultimativen Druck** gesetzt. Die Wirkung blieb nicht aus: Am Abend verkündete Schuschnigg im Rundfunk, er weiche der Gewalt. Das Bundesheer habe Befehl erhalten, einmarschierenden deutschen Truppen keinen Widerstand entgegenzusetzen. Bereits um Mitternacht wurde die **Regierung Seyss-Inquart** ins Amt berufen.

Durch die Gunst der Stunde zu Taten gedrängt, ordnete der deutsche Reichskanzler den **Einmarsch** an, noch ehe das vorsorglich bestellte Hilfegesuchstelegramm aus Wien eingetroffen war. Am frühen Morgen des 12. März rückten die deutschen Truppen unter dem Ar-

Deutsche (links) und österreichische Truppen begegnen und begrüssen sich in den Strassen von Innsbruck. (Bilder und Legenden aus «Schweizer Illustrierte Zeitung», Nr. 11/1938)

meeoberkommando 8 (General Fedor von Bock), im wesentlichen zwei Armeekorps und ein Panzerkorps, in Österreich ein, in den ersten Morgenstunden des folgenden Tages waren die schnellen Truppen in Wien. Die österreichischen Verbände handelten gemäss dem am Vorabend bei ihnen eingetroffenen Befehl: «Wenn deutsche Truppen die Grenze überschreiten, haben sich die Truppen des Bundesheeres in die allgemeine Richtung Osten zurückzuziehen; **es darf kein Schuss abgegeben werden.**» Da die Deutschen hierüber im Bilde waren, kamen sie mit Musik und Fahnen. Im Geist der Waffenbrüderschaft von 1914/18 marschierten manchenorts die Österreicher gleich mit. Bereits am 13. März wurde das **«Wiedervereinigungsgesetz»** erlassen und das «Land Österreich», später «Ostmark», dem nunmehr Grossdeutschen Reich einverleibt. Am 14. März triumphierte Hitler selber in Wien, und deutsche und österreichische Truppen paradierten gemeinsam über den Ring.

Aus schweizerischer Sicht

Wenn nachfolgend die schweizerische Position gegenüber den Vorgängen in unserem östlichen Nachbarland betrachtet wird, dann ist vorgängig klarzustellen, in welchem Sinn und Geist dies vor sich gehen soll. Vor allem kann es **nicht** um eine Wertung dessen gehen, was 1938 in Österreich geschehen ist. Das wäre, wie wenn einer vom stillen Gestade her jemanden, der in Seenot geraten ist, belehren wollte, wie er hätte rudern oder schwimmen lernen sollen. Wir wollen uns demgegenüber mit der Frage begnügen, wie das stürmische Geschehen vom schweizerischen Ufer her ausgesehen hat und was durch den einen oder anderen Wellenschlag an diesem Ufer angerichtet worden ist[6].

«Ein anderer ideeller Glaube»

Dass Österreich und die Schweiz **von ihrem historischen Wesen her** trotz äusserlichen Ähnlichkeiten nicht miteinander zu vergleichen sind, haben wir einleitend festgehalten. Nunmehr gilt es beizufügen, dass auch im Jahr 1938 die innere wie die äussere Lage der beiden Staaten sehr unterschiedlich gewesen ist.

Der **entscheidende Unterschied** dürfte aus einem – allerdings nicht repräsentativ zu verstehenden – Briefwechsel ersichtlich werden, den zwei berühmte Historiker kurze Zeit nach dem Anschluss miteinander pflogen. Am 12. April 1938 schrieb der österreichische Gelehrte Heinrich Ritter von Srbik an seinen Berner Kollegen Werner Näf:

«Sie wissen, wie sehr meine ganze heisse Sehnsucht und mein bescheidenes Arbeiten bei aller Heimattreue diesem ganz grossen Ziel» – gemeint ist die Schaffung des Grossdeutschen Reiches – «gegolten hat. Für uns Deutsche in Österreich war diese Entwicklung, ganz anders als für den deutschen Schweizer, der unter verschiedenen historischen, raumpolitischen und ideenmässigen Bedingungen lebt, durch Geschichte und Natur gegeben, und die grossdeutsche Reichsgründung ist das Resultat des Willens der Nation und der einmaligen Tat eines Österreichers. Lassen Sie mich Ihnen die Hände reichen über die unüberbrückbaren Grenzen des Reichs und der Schweiz hinweg!»

Aus der Antwort Werner Näfs vom 23. April 1938:

*« ... wir können freilich mit Ihrer Freude nicht Schritt halten. Glauben Sie nicht, dass ein Verständnis fehle. Es wird ja schon durch die Kenntnis des zugrundeliegenden **historischen** Problems vermittelt. Ich habe auch menschlich genug unter dem Eindruck des Kriegsabschlusses von 1919 gestanden, um die materielle und geistige Not Ihres Vaterlandes mitfühlen zu können. Jetzt ist Ihnen [...] ein Herzenswunsch in Erfüllung gegangen. Aber wird das Resultat des grossdeutschen nationalen Staates nicht mit teuersten menschlichen und menschheitlichen Werten erkauft? Sie schreiben, lieber Kollege, dass wir in der Schweiz unter andern historischen, raumpolitischen, staatlichen und ideenmässigen Bedingungen leben. Dieses letztere ist **entscheidend:** ein anderer ideeller Glaube! Dass wir darin voneinander abweichen, ist schmerzlich.»* [7]

Bewaffnete Neutralität

Im Gegensatz zu Österreich hat die schweizerische Eidgenossenschaft den inneren und äusseren **Emanzipationsprozess vom Reich** bereits vom 15. bis 17. Jahrhundert durchlaufen. Schon im Schwabenkrieg 1499 attestierte Maximilian I. den Eidgenossen, dass sie «ungetreuliche und reichshässige Leute» seien. Die Ausbildung der nationalen Identität zunächst **gegen** das Reich, dann **ohne** das Reich fand politische Anerkennung in der Exemtion von 1648.

Über die Maxime der **bewaffneten Neutralität** seien einige Sätze aus einem Bericht zitiert, den der deutsche Gesandte in Bern, Ernst von Weizsäcker, im österreichischen «Bürgerkriegsjahr» 1934 verfasste:

«Man rüstet sich also zur Abwehr fremden Einmarsches, von welcher Seite er auch kommen möge. Den Abwehrwillen darf man als ehrlich voraussetzen. Der Schweizer hat genügend Liebe zu seinem Boden und zu seinem Besitz, um ihn zäh zu verteidigen, wenn er angegriffen wird, wenn auch der Kampfwille der heterogenen Heeresteile nicht in allen Fällen gleichmässig sein mag. Natürlich rechnet man auf die Hilfe gegen den Angreifer von der anderen Streitpartei.

Freilich, den Kampf zu suchen, ist nicht des Schweizers Sache. Er möchte vielmehr sein Sonderdasein führen. Er will in europäischen Händeln kein Opfer bringen. Viel eher wünscht er das Gegenteil.

Dieser Begriff militärischer und territorialer Neutralität sitzt tief im Volk. Die Londoner Deklaration vom 13. Februar 1920 in Verbindung mit der Wiener Neutralitätsakte von 1815 ist oberstes Gesetz für die Regierung. Das wurde in diesem Jahr wieder deutlich, als bei den österreichischen Unruhen die Interventionsfrage spukte. Die Regierung liess am 21. Februar 1934 verlauten – und zwar bestimmter als bei früheren Gelegenheiten, z.B. beim Wilnafall 1921 –, sie lehne überhaupt jeden fremden Truppendurchmarsch ab.»

Am Ende seines Berichtes zieht der deutsche Gesandte folgende Bilanz:

«Ist nach dem bisher Gesagten damit zu rechnen, dass die Schweiz ihre militärische und territoriale Neutralität nach ihren Kräften wahren, ihre wirtschaftliche Neutralität schrittweise und kaum zu unseren Gunsten preisgeben wird, so hat sie ihre gefühlsmässige Neutralität bereits gegen uns gebrochen. Niemand kann daran vorbeigehen, dass im Schweizervolk gegenwärtig alle für das neue Deutschland ungünstigen Nachrichten ein williges Ohr finden.» [8]

Aus der Berichterstattung geht für die **eidgenössische Position in den dreissiger Jahren** zweierlei hervor:

erstens, dass die Doktrin der Neutralität gefestigt und überdies schweizerisches Allgemeingut geworden war, wozu unliebsame Erfahrungen während des Ersten Weltkrieges das ihrige beigetragen haben;

zweitens, dass seit dem Ersten Weltkrieg ein **Gesinnungswandel** (nicht «Neutralitätsbruch», wie von Weizsäcker meint) gegenüber dem Deutschen Reich eingetreten war, wozu der **Nationalsozialismus** massgeblich mitgeholfen hatte. Nationalsozialismus bedeutete aus schweizerischer Sicht Unvereinbarkeit der politischen Kultur, infolge der rassisch-völkischen Ideologie letztlich das Ende der über Jahrhunderte aus mehreren Sprachgemeinschaften zusammengewachsenen Eid-

genossenschaft überhaupt. Für die Schweiz hätte die Einverleibung in das Deutsche Reich keine Heimkehr bedeuten können.

Diesen weitreichenden Unterschieden im aussenpolitischen Bereich wären noch innenpolitische beizufügen, in erster Linie **sozial-politische Stabilität und Geschlossenheit,** nachdem der Arbeitsfrieden 1937 vertraglich gesichert worden war und sich die Sozialdemokratie zur militärischen Landesverteidigung durchgerungen hatte.

Geringere Attraktivität aus deutscher Sicht

Für Hitler hatte der Anschluss Österreichs den ausdrücklichen Sinn, bei 6 Millionen Österreichern einen **«Verschweizerungsprozess»** zu verhindern, worunter wohl eine geistige und politische Existenz ausserhalb Grossgermaniens verstanden werden darf. Schweizer waren, wie Mussolini vom Führertreffen übermittelt, «Renegatti», verlorene Söhne, mit deren freiwilliger Heimkehr in ein rassisch begründetes Reich in keinem Fall zu rechnen war, überdies Händler und Krämer, im neuen Europa mit Hitlers Worten bestenfalls als Gastwirte zu gebrauchen. Bei aller Anziehungskraft von Devisen, Goldvorräten, industriellem und militärischem Potential – was alles ja auch für den Anschluss Österreichs gesprochen hat – war mit solchen Leuten kein Staat zu machen. Ganz abgesehen davon, dass, wie bei Ernst von Weizsäcker sehr klar formuliert, die schweizerische Neutralitätspolitik den militärischen Interessen des Deutschen Reiches entsprach:

«Insoweit ist der schweizerische Neutralitätsbegriff ganz klar. Er ist Allgemeingut und übt als solcher eine grosse Wirkung aus. Er deckt sich aber auch ganz mit dem deutschen militärischen Interesse. Wir können uns an unserer Südgrenze zwischen Bodensee und Basel, so wie die Dinge heute liegen, nichts Besseres wünschen als ungestörte Anlehnung und Gewähr vor Überraschungen. Unter diesen Umständen verdienen der schweizerische Wehrwille und die schweizerischen Heeresverbesserungen unseren uneingeschränkten Beifall.» [9]

Dieser Beifall ist denn immer wieder auch öffentlich bekundet worden, ohne dass ihm schweizerischerseits mehr Vertrauen geschenkt worden wäre, als ihm zukam.

Gegen den Anschluss Österreichs an Deutschland

Es versteht sich von selbst, dass die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland und damit eine grossdeutsche Machtkonzentration aus schweizerischer Sicht **zu keinem Zeitpunkt als wünschenswert** erscheinen konnte [10].

Bereits 1919 – vor St-Germain – bemühte sich die schweizerische Diplomatie bei den Ententemächten um die **Nichtvereinigung** der beiden Staaten. Daher dann auch die Unterstützung der jungen Republik durch mancherlei Hilfsaktionen in der Nachkriegszeit, daher nicht zuletzt die Zurückhaltung gegenüber den Anschlussbestrebungen Vorarlbergs, da eine zusätzliche Schwächung der Ersten Republik in deren territorialer Konsolidierungsphase nicht im Sinn schweizerischer Staatsräson lag.

1934 fragte man sich in der Schweiz tatsächlich, ob man einem Vertrag zum Schutze Österreichs beitreten und französische Schutztruppen passieren lassen wolle, nahm dann aber aus Neutralitätsgründen davon Abstand.

Die **Gesandtschaftsberichte aus Wien** (Dr. Jaeger [10a]) weisen eigentlich erst mit dem Kanzlertreffen von Berchtesgaden im Februar 1938 auf ernsthafte Gefahren hin. Die Begegnung auf dem Berghof wurde als Überrumpelung Schuschniggs interpretiert, der dort geschlossene «deutsche Friede» in der Basler «National-Zeitung» nicht nur als «stilistischer und logischer Schönheitsfehler», sondern als gefährliches Instrument der nationalsozialistischen Propaganda mit grösstem Misstrauen aufgenommen. Die betreffende Nummer wurde in Wien konfisziert.

Mit dem Anschluss war dann eingetreten, was man in Bern seit 1919 zu verhindern gehofft hatte. Die Notifikation des Reichsgesetzes über die «Wiedervereinigung» erfolgte bereits am 15. März 1938. Die Deklaration der schweizerischen Regierung vor dem Parlament vom 21. März lässt erkennen, in welcher Richtung hierzulande die Gedanken gingen:

«Die Schweiz hält sich von fremden Händeln fern. Jeder Angriff auf die Unversehrtheit ihres Gebietes würde ein verabscheuungswürdiges Verbrechen gegen das Völkerrecht darstellen.»

Erstmals bestätigte eine **gemeinsame Erklärung aller Fraktionen** von rechts bis links vor den beiden Räten den Willen, das Land «gegen jedermann und bis zum letzten Atemzug zu verteidigen».

Materielle und geistige Aufrüstung

Der in der schweizerischen Öffentlichkeit in seltener Übereinstimmung als nationalsozialistische Gewalttat verurteilte Vorgang war das **Signal** nicht nur für eine neue Runde im Pressekrieg gegen Deutschland, sondern auch für **vermehrte Anstrengungen zur Landesverteidigung.** Dies um so mehr, als der Flüchtlingsstrom aus dem Vorarlbergischen, der vorübergehend zur Schliessung der Ostgrenze gegen illegale Übertritte führte, wie dann auch der einsetzende deutsche Druck auf die Tschechoslowakei die Gemüter nicht mehr zur Ruhe kommen liessen.

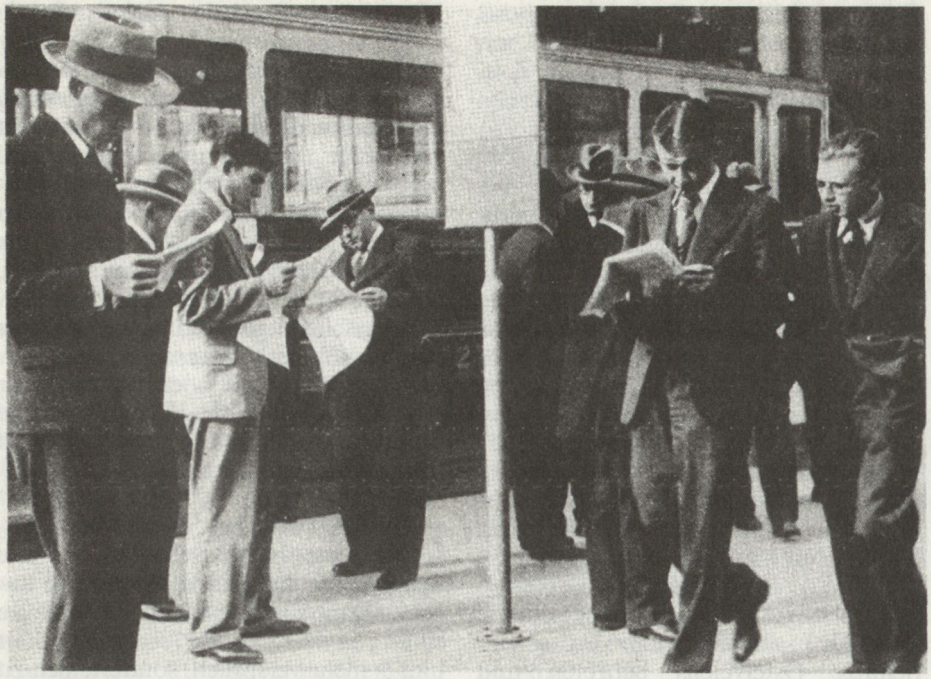
Wenige Wochen nach dem Anschluss, am 14. Mai 1938 kehrte die Schweiz zur **integralen Neutralität** zurück. Damit wurde manifest, dass sie sich von der kollektiven Sicherheit nichts mehr versprach, sondern sich zu vermehrten Opfern und Anstrengungen entschlossen hatte.

Dazu gehörten nicht nur Massnahmen im eigentlichen **militärischen Sinn,** also Verlängerung der Ausbildungszeiten oder beschleunigte Beschaffung von Waffen und Ausrüstung. Grösstes Gewicht wurde als Lehre aus dem Anschluss dem Bereich der **geistigen Landesverteidigung** zugemessen, das heisst der Besinnung auf das schweizerische Wesen und der Abwehr unschweizerischer Denkungsart. Der nationale Zusammenhalt, **Identifikation von Volk und Staat** waren als letztlich entscheidende Voraussetzung für die Selbstbehauptung deutlich geworden. In diesen Bereich gehört etwa, dass ausgerechnet zu dieser Zeit in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 20. Februar 1938 das Rätoromanische mit demonstrativer Mehrheit zur vierten Landessprache erklärt worden ist: Bekenntnis zur sprachlich-kulturellen Vielfalt im Gegensatz zur rassisch-völkischen Einheitskultur in Nord und Süd.

Dazu gehört aber auch sehr konkret, dass unter dem Eindruck des deutschen Vorgehens gegen Österreich, gekennzeichnet durch **Subversion im Innern in Kombination mit militärischer Intervention von aussen,** ab 1938 Listen von Verdächtigen erstellt und Vorbereitungen zu deren unverzüglicher Verhaftung getroffen worden sind.

Ausharren bis übermorgen

In einem noch immer lesenswerten Vortrag, den der Zürcher Historiker Karl Meyer am 27. April 1938 vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft unter dem Titel **«Unsere Aufgabe nach dem Untergang Österreichs»** gehalten hat [11],



Schweigendes, wortlos tätiges Vertrauen zu den führenden Männern eigener Wahl ist nicht undemokratisch, sondern die Grundlage des freien Staates. Darum steht auch heute wieder das Schweizervolk einmütig hinter seiner Regierung.

Auf allen Strassen und öffentlichen Plätzen verkünden Extrablätter den behördlichen Appell an die schweizerische Entschlossenheit und Einigkeit. (Bild, Legende und Zitat aus «Schweizer Illustrierte Zeitung», Nr. 13/1938)

findet sich, wie man die Dinge bei uns sah oder hätte sehen sollen, nachdem nun das Deutsche Reich den «weltgeschichtlichen Marsch nach Osten» angetreten. Auf die Dauer habe Europa noch nie eine kontinentale Vorherrschaft ertragen. Auf das Übergewicht des einen sei stets die Wiederherstellung des Gleichgewichts durch die anderen gefolgt, eine der wichtigsten Voraussetzungen der schweizerischen Neutralitätspolitik. **Auszuharren bis übermorgen** sei demzufolge die Gegenwartsaufgabe für die Eidgenossenschaft.

Vom Sinn des Widerstandes

Ob das österreichische Bundesheer am 12. März 1938 hätte kämpfen können oder kämpfen sollen, ist eine Frage, die in unserem Nachbarland gerade in diesen Tagen immer wieder aufgeworfen wird. Es ist nicht unsere Absicht, darauf einzutreten. Auch auf die analoge Frage nicht, wie sich unser Volk und unsere Armee im Falle eines deutschen Angriffs verhalten hätten[12]. Anstelle dessen sei zum Abschluss ein Brief zitiert, der auch heute noch unsere respektvolle Aufmerksamkeit verdient, auch wenn sich Wertsystem und Stilgefühl in dem verflossenen halben Jahrhundert gewandelt haben mögen. Geschrieben wurde er vom nachmaligen Korpskommandanten Alfred Ernst, damals Hauptmann im Generalstab, und zwar zweieinhalb Jahre nach den Ereignissen, von denen oben die Rede war. Zur nämlichen Zeit, da Alfred Ernst seine Gedanken über Widerstand niederschrieb, bereinigte der Generalstabschef des deutschen Heeres die Angriffsstudie gegen die Schweiz, fast auf den Tag genau. Im Herbst 1940 stand unser Land, nach dem erschütternden Zusammenbruch Frankreichs durch Deutschland und Italien vollständig eingekreist und ohne Aussicht auf Hilfe von aussen, nach menschlichem Ermessen auf verlorenem Posten. Schweizerische Offiziere hatten sich zu einem «Offiziersbund» zusammengetan, um bei allfälliger Schwäche der Landesregierung gegenüber dem Deutschen Reich den Widerstand selber in die Hand zu nehmen. Die Teilnahme an dieser konspirativen Unternehmung hatte Alfred Ernst eine Freiheitsstrafe eingetragen. Aus solchem Anlass schrieb er am 16. Oktober 1940 seinem militärischen Vorgesetzten, Oberst i Gst Masson, den nachfolgenden Brief:

«Herr Oberst,

Während meiner nun schon über zwei Monate dauernden unfreiwilligen ‹Ferienzeit› hatte ich die nötige Ruhe, um über politische Fragen nachzudenken, die mich gleich Ihnen beschäftigen. Ich darf Ihnen vielleicht das Ergebnis meiner Überlegungen aufschreiben. Nicht als dienstliche Meldung, sondern als persönlichen Beitrag zu den Diskussionen, die Sie mit mir zu führen die Freundlichkeit hatten. Es hat einen gewissen Wert, die sonst nur gesprächsweise geäusserten Gedanken schriftlich niederzulegen, da die schriftliche Formulierung zu präziserer Denkarbeit zwingt als das Gespräch.

1. Der Nationalsozialismus ist nicht nur eine staatliche Lehre, sondern eine Religion. Religionen haben aber den inneren Drang, sich auszubreiten. Von Staat zu Staat ist eine friedliche Lösung eher denkbar als zwischen zwei entgegengesetzten Weltanschauungen.

Unser Staat ist letzten Endes auf dem christlichen Prinzip aufgebaut. Er soll und darf zwar nicht mit seinen menschlichen Mitteln in Fragen des Glaubens eingreifen. Ein ‹christlicher› Staat, der die Religion zur Sache des Staates machen und der Kirche seinen Zwang leihen würde, wäre das Gegenteil dessen, was die christliche Lehre fordert. Wahrer Glaube kann nur in völliger Freiheit gedeihen.

Aber unser Staat ist doch insofern ein christlicher Staat, als er grundsätzlich anerkennt, dass er nur Menschenwerk ist und deshalb vom Einzelnen zwar äussern Gehorsam, niemals aber göttliche Verehrung fordern darf. Er fügt sich dem Satze: Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen!, indem er darauf verzichtet, die Gewissen zu binden.

Der deutsche nationalsozialistische totale Staat dagegen verlangt die völlige, restlose Unterwerfung des Einzelnen. Er stellt sich selber an die Stelle von Gott. Darin liegt das Wesen des deutschen Staates. Nicht darin, dass dort einer befiehlt und die andern gehorchen, nicht in der antikapitalistischen Grundhaltung oder in äussern Einrichtungen beruht seine Eigenart, sondern in der nach unserer Weltanschauung verwerflichen Beanspruchung des ganzen Menschen.

Zwischen diesen beiden Prinzipien, dem deutschen und dem unsrigen, ***kann*** *es* ***nie*** *eine friedliche Lösung geben. Sie verhalten sich wie Tag und Nacht, wie Gott und der Teufel. Der Kampf muss so*

oder so ausgefochten werden, denn es ist eigentlich der entscheidende Kampf, auf den alles ankommt. Eine Neutralität in diesem Kampfe kann es gar nicht geben.

Da nun aber das Recht in diesem Kampfe eindeutig auf Seiten unserer Staatsauffassung steht, können sich die Deutschen nicht damit begnügen, uns mit geistigen Waffen zu bekämpfen, denn sie wissen sehr wohl, dass sie in einem solchen Kampfe auf die Dauer unterliegen würden. Alle Propaganda hilft nichts, um eine von Grund auf verkehrte – ich glaube, wir dürfen es ruhig sagen –, teuflische und menschenunwürdige Staatsauffassung zum Gegenteil dessen zu stempeln, was sie ist. Da aber die Vertreter des bösen Prinzips nichts so sehr hassen und so schlecht ertragen können wie die Tatsache, dass irgendwo einer ist, der anders denkt und ihnen durch sein Beispiel den Spiegel vorhält, so müssen sie mangels geistiger Waffen zur Gewalt greifen.

Der deutsche Nationalsozialismus kann nicht dulden, dass in Europa ein Staat besteht, der das Gegenteil seiner selbst ist. Er muss uns vernichten wollen. Er hat in seinem chronischen schlechten Gewissen keine Ruhe, bis wir vernichtet oder ‹gleichgeschaltet› sind.

***Darin** liegt die Wurzel unserer Feindschaft, nicht in politischen und wirtschaftlichen Gegensätzen. Sie alle liessen sich überbrücken. Aber die Weltanschauungen lassen sich nicht überbrükken. Da aber der Glaube letzten Endes eine grössere Kraft hat als alles andere – und zwar auch ein falscher Glaube, wie ihn der Nationalsozialismus lehrt –, so wird der Kampf mit einer Erbitterung und Kraft geführt werden, wie sie bloss politischen Kämpfen nicht eigen sind. Religionskriege waren noch immer die schwersten.*

Uns bleibt nun in dieser Lage nur die Wahl, ob wir uns unterwerfen oder bis zum Ende wehren wollen. Ich denke, die Antwort ist einfach.

*2. Aus diesen Erwägungen komme ich zum Schluss, dass das Bestreben, uns mit den Deutschen zu verständigen, indem wir ihnen in Äusserlichkeiten entgegenkommen, keinen Erfolg zeitigen **kann.***

Nehmen wir z. B. das Gebiet der Presse, das Sie immer besonders beschäftigt hat. Unsere Zeitungen sind in Deutschland ausnahmslos verboten. Sie können also die Einstellung des deutschen Volkes nicht in einem für Deutschland nachteiligen Sinn beeinflussen. Nur wenige Deutsche lesen sie, und zwar sind das Personen, die eine allfällige Kritik am deutschen Regime objektiv sollten hinnehmen können. Was macht es an und für sich einem deutschen politischen Führer, sagen wir z. B. Goebbels oder Göring, aus, ob die Zeitungen eines Staates, den er verachtet und wegen seiner geringen Macht nicht zu fürchten braucht, eine deutschfeindliche Haltung einnehmen. Wäre es uns nicht ganz gleichgültig, wenn Monaco oder meinetwegen Griechenland gegen uns in ihrer Presse hetzen würden? Ich glaube, die angebliche Empörung der deutschen politisch führenden Kreise gegenüber unserer Presse ist nicht echt, sondern nur ein Vorwand, um uns bekämpfen zu können.

Der beste Beweis liegt doch darin, dass die Deutschen heute, da sich unsere gesamte Presse in einer geradezu übertriebenen Zurückhaltung gegenüber Deutschland übt, uns mehr als je beschimpfen. Was wollen sie denn noch mehr?

Ich bin sicher, dass ein noch weiteres Nachgeben unserer Presse unsere Stellung nicht zu verbessern vermöchte, weil es den Deutschen an und für sich ganz gleichgültig ist, was wir schreiben. Sie würden uns nur für feige und schwach halten und noch mehr drücken, als sie es bisher schon taten. Die Reklamationen über die angeblich deutschfeindliche Haltung unserer Presse sind nur ein Vorwand wie irgend ein anderer. Hätten die Deutschen diesen Vorwand nicht oder nicht mehr, so würden sie einen andern finden. Haben Sie jemals gehört, dass die rumänische oder die belgische oder gar die holländische Presse Deutschland beschimpft oder auch nur kritisiert hätte? Und doch fanden die Deutschen mehr als genug Gründe, in diesen Ländern einzumarschieren.

Es ist deshalb doch wohl nicht richtig, unserer Presse die Schuld am Zwiespalt mit Deutschland zuzuschieben. Sie wissen, ich habe das auch immer getan. Je reiflicher ich mir aber die Frage überlege, desto weniger glaube ich, dass die zugegebenermassen oft ungeschickte Haltung einzelner Zeitungen die Ursache unserer Spannung mit Deutschland ist. Sie ist vielmehr nur einer, unter tausend Gründen, den die Deutschen finden werden, um uns zu vernichten oder gleichzuschalten. Der wahre Grund liegt, wie bemerkt, in der unüberbrückbaren Differenz in der Weltanschauung.

Ich bin selbstverständlich mit Ihnen einig, dass wir die Deutschen nicht reizen und ärgern sollen. Das hat keinen Sinn und würde nur unsere moralische Position schwächen.

Allein, wir müssen uns darüber klar sein, was als unnötige Hetze gegen Deutschland und was als unerlässliche Verteidigung unseres schweizerischen Standpunktes gelten soll.

Wenn irgend eine kleine Zeitung schreibt, Hitler sei ein Wahnsinniger, so ist das bei aller Wahrheit, die in diesem Urteil liegt, eine unnötige, schädliche Beleidigung eines fremden Staatsmannes. Wenn unsere Zeitungen aber schreiben, die Deutschen hätten Belgien, Holland und Norwegen grundlos angegriffen und damit das Völkerrecht und die moralischen Grundgesetze aufs schwerste verletzt, so empfinden die Deutschen eine solche Sprache zwar sicher auch als Beleidigung, aber wir dürfen trotzdem solche Wahrheiten nicht verschweigen. Wenn wir nämlich dem Volke nicht mehr sagen dürfen, was recht und unrecht, was wahr und was falsch ist, so schwächen wir seinen Sinn für die Idee, auf der unser Staat beruht. Wenn wir stillschweigend zugeben, dass ein Wortbruch der Deutschen ‹politisch notwendig› oder aus ‹operativen Gründen unvermeidlich› war – oder wie die Entschuldigungen jeweilen lauten –, so sprechen wir uns unser eigenes Todesurteil. Weshalb sollte ein Angriff auf unser Land eine Gemeinheit und ein Verbrechen sein, wenn der Angriff auf Norwegen eine Tat politischer Notwendigkeit war? Die Folge würde sicher sein, dass unser Volk nicht mehr verstehen würde, wofür wir uns eigentlich wehren. Der Kampf geht, wie gesagt, um Ideen und Weltanschauungen, um Recht und Unrecht. Wie sollten wir erfolgreich kämpfen, wenn wir vor lauter Rücksichten gegenüber Deutschland uns nicht mehr trauen würden, offen und ehrlich zu sagen, was Recht und was Unrecht ist?

Ich sehe hier eine grosse Gefahr. Unsere Presse ist zum Teil heute derart ängstlich geworden, dass sie es kaum mehr wagt, klar und deutlich zu sagen, wofür wir uns wehren müssen. Versuchen Sie einmal einer Zeitung eine Abhandlung über den grundsätzlichen Unterschied zwischen nationalsozialistischer und schweizerischer Gesinnung zur Veröffentlichung zu übergeben. Sie würde ihn zurückgeben, da sie es nicht wagen würde, die Deutschen zu beleidigen.

Das darf nicht sein, sonst werden wir an unserer eigenen Grundsatzlosigkeit untergehen. Es muss im Gegenteil heute der hinterste Schweizer wissen, worum es geht, wofür wir uns wehren und wenn nötig opfern wollen. Wir müssen, wenn wir im Kampfe fallen sollten, unsern Kindern ein Vermächtnis hinterlassen, das ihnen zeigt, wofür wir gekämpf haben. Nur so werden sie ihren Staat, die neue Schweiz und die ewige Schweiz lieben können, die noch bestehen wird, wenn die nationalsozialistischen Barbaren jenseits des Rheins längst mitsamt ihrem tausendjährigen Reich untergegangen sind. Das ist wichtig. Ob wir untergehen, ist nicht entscheidend. Wohl aber, dass unsere Idee weiterlebe. Das kann sie aber nur, wenn das ganze Volk mit ihr durchdrungen ist, und hier hat unsere Presse eine ungeheuer wichtige Aufgabe. Leider hat sie sie bis jetzt viel zu wenig klar erkannt. Sie denkt vielfach immer noch ähnlich wie Oberst v. Werdt (schweizerischer Militärattaché in Berlin), als er Ihnen sagte, wir sollten nicht soviel vom Widerstandswillen reden, das könnte die Deutschen verletzen.

Soviel zur Frage der Presse.

Auf allen andern Gebieten ist es genau gleich. Die Deutschen schwören auf die brutale Macht. Nur sie macht ihnen Eindruck. Hitler hat in ‹Mein Kampf› aus-

drücklich gesagt, dass alle Völker, die nicht die Kraft aufbrächten, sich zu wehren, untergehen müssten.

Wenn wir das doch nur endlich einsehen und danach handeln würden. Je mehr wir nachgeben, desto mehr werden uns die Deutschen als Feiglinge ansehen. Sie haben dafür ein feines Gefühl und lassen sich durch schöne Worte nicht täuschen.

Wer den Deutschen aus Angst den kleinen Finger gibt, der ist verloren. Ich erinnere nur an Rumänien, das als fünfter Staat, der sich nicht zu wehren verstand, den Deutschen erlegen ist. Leider scheinen unsere Politiker aus diesem Beispiel so wenig gelernt zu haben wie aus den vorhergehenden: Österreich, Tschechoslowakei, Danzig und Dänemark.

3. Wir leben heute in einer Zeit schwerster Spannung. Der Krieg ist längst ausgebrochen, wenn auch die Waffen vorläufig noch schweigen.

In dieser gefährlichen Lage müssen wir auf innenpolitischem Gebiet mit grösster Vorsicht vorgehen. Wir müssen uns hüten, irgend etwas zu tun, was den Deutschen als Annäherung an ihre Staatsidee erscheinen könnte.

Sie wissen, dass ich gleich Ihnen die Schwächen unseres Staates sehr wohl erkenne. Ich bin mit Ihnen darüber einig, dass eine Erneuerung der Schweiz notwendig ist. Aber diese Erneuerung darf nur in echt schweizerischem Geiste durchgeführt werden, und es muss auch der leiseste Verdacht, als wollten wir deutsches Gedankengut übernehmen, vermieden werden. Dazu kommt, dass wir heute alle guten Kräfte unseres Volkes zusammenbringen müssen. Alles Trennende muss zurücktreten gegenüber der wichtigsten Aufgabe: den Widerstandswillen zu stärken und einen geradezu fanatischen Kampf für unsere eidgenössische Idee zu führen. Ob wir diesen Kampf noch im Rahmen des heutigen Staates mit seinen vielfach nicht mehr ganz befriedigenden Einrichtungen führen, oder ob er schon im Zeichen der erneuerten Schweiz gekämpft werden wird, ist nicht so wichtig. Die Hauptsache ist, dass er mit aller Energie aufgenommen und zu Ende geführt wird.

Die Reihenfolge ist also die:

Zuerst Widerstand und nochmals Widerstand und dann erst Erneuerung, und zwar auch nur soweit, als sie sich in der jetzigen Zeit ohne Gefährdung unserer staatlichen Freiheit durchführen lässt.

[...]

4. Bei aller Sorge, die mir gewisse Erscheinungen, z. B. die Lauheit und Gleichgültigkeit eines Teils unseres Volkes und vieler führender Männer bereiten, bin ich ***optimistisch.***

Es ist zwar wohl möglich, dass wir, Sie und ich, im Kampfe gegen die Deutschen oder ihre schweizerischen Freunde zugrundegehen werden. Es spricht sogar eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür. Aber wenn wir treu bleiben und im Glauben an unsere Idee untergehen, so wird diese selbst in stärkerer und reinerer Form wieder auferstehen. Von einem wirklichen Opfer ist noch zu allen Zeiten eine so grosse Kraft ausgegangen, dass die, welche glaubten, es sei nun alles zu Ende, sich letzten Endes doch getäuscht sahen.

Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass dieses Opfer gebracht wird. Wir müssen bereit sein zu sterben. Wir müssen aber auch unser Möglichstes tun, dass andere mit uns den Kampf bis zum bitteren Ende führen.

Ich bin kein Romantiker, der glaubt, der Tod sei schön oder leicht. Ich fürchte mich sicher nicht weniger als irgendeiner vor dem Leiden und Sterben. Ich weiss auch nicht, ob ich mich im Grauen der Schlacht oder im Konzentrationslager mutig verhalten würde. Allein, das kann keiner von sich behaupten. Es wird deshalb vorerst genügen, wenn wir bereit sind, das Wagnis zu unternehmen im Vertrauen auf die Hilfe, die uns unser Glaube im schwersten Augenblick geben wird.

Wenn es uns aber gelingt, für unsere Idee mutig in den Tod zu gehen – und das dürfen wir hoffen, wenn Gott mit uns ist –, so ist alles gewonnen. Dann werden von unserem Tode Kräfte ausgehen, denen die Deutschen nichts anhaben können. Sie werden vielleicht unser ganzes Land zerstören und es lange besetzt halten. Einmal aber werden unsere Kinder im Gedenken an uns sich zu befreien wissen. Ihr Glaube wird letzten Endes stärker sein als die äussere brutale Gewalt der Deutschen oder ihrer schweizerischen Freunde. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass in Deutschland selber über kurz oder lang der Nationalsozialismus und der totale Staat verschwinden werden. Gerade die Deutschen werden eine ungeheure Sehnsucht nach Freiheit und Menschenwürde empfinden, die sie nun schon jahrelang entbehren müssen. Auch ein Hitler kann sie ihnen nicht für immer rauben.

Dann geht vielleicht von unserer Eidgenossenschaft eine neue Revolution aus, die unserer Idee zum Durchbruch verhilft, sogar in Deutschland!

Mir scheint, es lohnt sich in der Gewissheit der Unvergänglichkeit unserer Sache, den Kampf auch dann weiterzuführen, wenn er menschlich gesprochen aussichtslos ist.

Ihr sehr ergebener A. Ernst»

Anmerkungen

[1] Schweiz–Österreich. Ähnlichkeiten und Kontraste. Hg. Friedrich Koja und Gerald Stourzh, Wien–Köln–Graz 1986 (Studien zu Politik und Verwaltung Bd. 14). Zu unserem Thema der Aufsatz von Gerald Stourzh, Wandlungen des Österreichbewusstseins im 20. Jahrhundert und das Modell der Schweiz, a.O. S. 11 ff.

[2] Der folgende Überblick im wesentlichen nach Erwin A. Schmidl, März 1938 – Der deutsche Einmarsch in Österreich, Wien 1987. Zusammenfassung durch dens., März 1938 in Österreich, in: Truppendienst, Heft 1/1988, S. 1–14. Allgemeine Entwicklung bei Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.), Österreich 1918–1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz–Wien–Köln 1983. Im engeren Bezug Thomas Chorherr, 1938 Anatomie eines Jahres, Wien 1987. Aus marxistischer Sicht Werner Stang, die militärische Okkupation Österreichs im März 1938, in: Militärgeschichte Nr. 1/1988, S. 86ff.

[3] Hierzu Wolfgang Etschmann, Anmerkungen zur aktuellen Historiographie über die wehrpolitische Situation Österreichs im März 1938 (wird in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift Nr. 2/1988 erscheinen).

[4] Hierzu Wilfried Aichinger, Österreichs wehrpolitische Lage in der Zwischenkriegszeit, in: Österreichische Militärische Zeitschrift Heft 2/1985, S. 112–121.

[5] Zu den militärischen Aspekten kurzgefasster Überblick von Friedrich Fritz, Der deutsche Einmarsch in Österreich 1938. Militärhistorische Schriftenreihe, hg. Heeresgeschichtliches Museum (Militärwissenschaftliches Institut) Heft 8, Wien 1968. Für die österreichische Seite Helmut Pirkl, Die militärischen Abwehrmassnahmen Österreichs gegen den Anschluss an das Deutsche Reich 1933–1938, unveröffentlichte Dissertation, Wien 1986.

[6] Nach einem Kurzreferat des Verfassers anlässlich eines durch die österreichische Landesverteidigungsakademie am 20. Januar 1988 in Wien veranstalteten Symposiums «1938/1988».

[7] Zit. nach Peter Stadler, Das schweizerische Geschichtsbild und Österreich, in Schweiz–Österreich (wie Anm. 1) S. 44 f.

[8] Zit. nach Horst Zimmermann, Die Schweiz und Österreich während der Zwischenkriegszeit. Eine Studie und Dokumentation internationaler Beziehungen im Schatten der Grossmächte, Wiesbaden 1973, S. 379 ff.; ein quellenreiches, in Darstellung und Wertung nicht überzeugendes Buch.

[9] Wie Anm. 8, S. 380.

[10] Vgl. Rolf Zaugg, Die Schweiz im Kampf gegen den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, Bern – Frankfurt/Main 1982.

[10a] Vgl. Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. 3, Basel – Stuttgart 1967, S. 230 ff.

[11] Karl Meyer, Die Aufgabe der Schweiz nach dem Untergang Österreichs, in: Schweizerische Hochschulzeitung Heft 2/1938, S. 87 ff.

[12] Ein aktueller sicherheitspolitischer Vergleich der beiden Staaten durch Hans Rudolf Fuhrer, Wofür ist diese Armee noch gut? IPZ-Information Nr. K/13, Zürich 1987.

■